



KOA 8.070/19-001

Richtlinien für die Vergabe von Mitteln aus dem Fonds zur Förderung der Selbstkontrolle bei der kommerziellen Kommunikation

Gemäß § 33 des KommAustria-Gesetzes (KOG), BGBl. I Nr. 32/2001 idgF, veröffentlicht die KommAustria die folgenden Richtlinien für die Vergabe von Mitteln aus dem Fonds zur Förderung der Selbstkontrolle bei der kommerziellen Kommunikation.

Die Förderung von Selbstkontrolleinrichtungen fällt nicht in den Anwendungsbereich von Art. 107 AEUV, da es sich um keine Begünstigung eines Unternehmens oder eines Produktionszweiges handelt.

Die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber anerkennt mit seinem Förderungsansuchen die von der KommAustria veröffentlichten Richtlinien.

Förderungswerberin und Förderungswerber sowie Förderungsziel

1. Als Förderungswerberin bzw. als Förderungswerber kommt eine anerkannte Einrichtung der Selbstkontrolle im Bereich der kommerziellen Kommunikation (Wirtschaftswerbung) in Medien in Betracht.

Als anerkannte Selbstregulierungseinrichtung gilt insbesondere eine solche, die eine breite Repräsentanz der Berufsgruppen und eine hinreichende Transparenz im Hinblick auf Entscheidungsgrundlage, Verfahren und Durchsetzung von Entscheidungen gewährleistet.

2. Die Förderung wird im Sinne der Gewährleistung der Unabhängigkeit dieser Einrichtung und zur Sicherstellung der Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben sowie einer wirksamen Durchsetzung ihrer Entscheidungen und Beschlüsse zuerkannt.

Allgemeines

3. Bei den Förderungen gemäß § 33 KOG handelt es sich um Geldzuwendungen privatrechtlicher Art, die der Bund in Ausübung der Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 B-VG) gewährt. Ein dem Grunde oder der Höhe nach bestimmter subjektiver Rechtsanspruch auf Gewährung einer Förderung oder ein Kontrahierungszwang seitens des Bundes besteht daher gegenüber der einzelnen Förderungswerberin bzw. dem einzelnen Förderungswerber nicht.

4. Die Zuteilung der Förderungsmittel obliegt der nach dem 1. Abschnitt des KommAustria-Gesetzes eingerichteten Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria).

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Mariahilfer Straße 77–79
1060 WIEN, ÖSTERREICH
www.rtr.at

E: rtr@rtr.at
T: +43 1 58058-0
F: +43 1 58058-9191



5. Förderungsansuchen müssen bis spätestens 15. Februar eines Kalenderjahres bei der KommAustria eingelangt sein.

6. Der in § 33 KOG vorgesehene Zuschuss dient zur Deckung von bereits angefallenen Kosten und wird für jenes Kalenderjahr gewährt, für das die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber die für die Zuerkennung notwendigen Unterlagen und Nachweise beigebracht hat. Der für die Förderung maßgebliche Zeitraum ist somit das vorangegangene Kalenderjahr.

7. Die Zuerkennung einer Förderung setzt voraus, dass die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber ein schriftliches Ansuchen übermittelt, dem die folgenden Unterlagen angeschlossen sind:

- Vereinsstatuten und Mitgliederverzeichnis
- ein von einer Wirtschaftsprüferin oder einem Wirtschaftsprüfer geprüftes Verzeichnis aller im vorangegangenen Jahr entstandenen Kosten und Erträge (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) und ein Vermögensverzeichnis
- ein Tätigkeitsbericht über das vorangegangene Jahr
- ein Ausblick auf das begonnene Jahr (zu erwartende Ausgaben und Einnahmen, Organisations- und Personalplan, Übersicht über ein allfälliges Vermögen und allfällige Schulden).

Die im zahlenmäßigen Nachweis angeführten Einnahmen und Ausgaben müssen durch Originalbelege nachweisbar sein. Hat die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber auch eigene finanzielle Mittel eingesetzt oder von einem anderen Rechtsträger finanzielle Mittel erhalten, so hat der zahlenmäßige Nachweis auch diese zu umfassen.

8. Vor der Zuerkennung der Förderung hat die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber nachweislich durch Unterzeichnung eines von der KommAustria bereitgestellten Formulars die Erfüllung der sich aus diesen Richtlinien ergebenden Pflichten einer Förderungswerberin bzw. eines Förderungswerbers anzuerkennen und ihr bzw. sein Einverständnis zu der dort vorgesehenen Datenverwendungserklärung abzugeben. Insbesondere enthält diese Verpflichtungserklärung eine Festlegung über die Bedingungen, unter denen weitere Ansprüche aus zuerkannten Förderungen erlöschen bzw. bereits ausbezahlte Mittel zurückzuerstatten sind. Dies ist insbesondere für den Fall vorgesehen, dass

- die KommAustria über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet wurde
- das auferlegte Zessionsverbot nicht eingehalten wurde
- die Förderungsmittel widerrechtlich bezogen wurden
- die unverzügliche Meldung über die Einstellung der Tätigkeit der Förderungswerberin oder des Förderungswerbers unterblieben ist.

9. Die Auszahlung des Förderungsbetrages erfolgt einmal jährlich. Für den Fall, dass die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber zu diesem Zeitpunkt rechtlich nicht mehr existent ist, erfolgt keine Auszahlung mehr.

Förderbare Kosten

10. Im Sinne des Grundsatzes der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sind Ausgaben nur insofern förderfähig, als sie in ihrer Art und Höhe zur Erreichung des Förderungszweckes angemessen sind. Der Förderungsbetrag dient zur Deckung der in Erfüllung der Aufgaben angefallenen Kosten.

Es sind nur tatsächlich getätigte Ausgaben in Form von Geldleistungen (Zahlungen) zuschussfähig.

Für die Förderung kommen Personalkosten und Sachkosten in Betracht. Bezuschusst werden können auch der Zukauf externer Leistungen sowie die Anschaffungskosten von Wirtschaftsgütern.

11. Die Personalkosten sind aufzuschlüsseln und nachzuweisen. Vorzulegen sind Nachweise über die Bruttolohnkosten und Lohnnebenkosten (Auszug aus den Lohnkonten sowie Belege über die An- und Abmeldung zur Gebietskrankenkasse).

Eine Kostenübernahme durch die Arbeitsmarktverwaltung ist schriftlich und unter Vorlage der jeweiligen Mitteilung der vergebenden Stelle bekannt zu geben.

Im Hinblick auf die Abrechnung von Gebietskrankenkassenvorschreibungen und Zahlungen an das Finanzamt ist ein Nachweis der Überweisung vorzulegen.

Rückstellungen für die Altersteilzeit sind nicht förderungsfähig.

12. Zu den Sachkosten zählen insbesondere Miete, Büroaufwand und Reisekosten.

Die Angemessenheit der Ausgaben für zugekaufte Güter und Leistungen ist zu dokumentieren (Preisvergleich oder mindestens drei Vergleichsangebote), soweit dies im Hinblick auf die Höhe des geschätzten Auftragswertes und die Art der zugekauften Güter oder Leistungen zweckmäßig ist. Ab einer Ausgabe für zugekaufte Güter oder Dienstleistungen von **800 Euro** (= "geringwertige Wirtschaftsgüter" im Sinne des § 13 Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, idF BGBl. I Nr.103/2019) sind jedenfalls Vergleichsangebote einzuholen.

Die Einholung von Vergleichsangeboten kann unterbleiben, wenn gleichartige Leistungen mehrmals hintereinander zu gleich bleibenden Konditionen beauftragt wurden, deren Angemessenheit bereits einmal in korrekter Weise ermittelt wurde.

13. Werden die Gesamtausgaben der Förderungnehmerin bzw. des Förderungnehmers überwiegend aus Bundesmitteln getragen, können

Personalkosten und Reisegebühren nur bis zu jener Höhe gefördert werden, die dem Gehaltsschema des Bundes und der Reisegebührenvorschrift 1955 für vergleichbare Bundesbedienstete entspricht.

14. Die auf die Kosten der förderbaren Leistung entfallende Umsatzsteuer ist keine förderbare Ausgabe. Sofern diese Umsatzsteuer aber nachweislich tatsächlich und endgültig von der Förderungswerberin bzw. vom Förderungswerber zu tragen ist (somit für sie bzw. ihn keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht), kann diese als förderbarer Kostenbestandteil berücksichtigt werden. Die – auf welche Weise immer – rückforderbare Umsatzsteuer ist auch dann nicht förderbar, wenn sie die Förderungsnehmerin bzw. der Förderungsnehmer nicht tatsächlich zurück erhält.

15. Die Förderung darf nicht zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommensteuergesetz 1988 verwendet werden.

16. Wird eine Sache von der Förderungswerberin bzw. vom Förderungswerber ausschließlich oder überwiegend aus Förderungsmitteln des Bundes angeschafft und übersteigt ihr Preis (Wert) die nach den jeweils geltenden einkommenssteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzte Betragsgrenze (lt. Einkommensteuergesetz 1988: **800 Euro**) um das Vierfache, so hat die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber bei Wegfall oder wesentlicher Änderung des Verwendungszweckes die KommAustria davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen und auf Verlangen eine angemessene Abgeltung zu leisten, die betreffende Sache der KommAustria zwecks weiterer Verwendung zur Verfügung zu stellen oder in das Eigentum des Bundes zu übertragen.

Schlussbestimmungen

Diese Richtlinien treten mit 1. Februar 2020 in Kraft.

Die KommAustria überprüft diese Richtlinien spätestens zwei Jahre nach deren Inkrafttreten und passt sie gegebenenfalls den Erfahrungen und neuen Erfordernissen an.

Wien, am 9. Jänner 2020

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Dr. Martina Hohensinn
Mitglied